

Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung
gemäß der Richtlinie
über die Gewährung von Zuwendungen
an Kommunen mit hoher Zuwanderung
aus Südosteuropa für das Förderjahr
2024

Bezirksregierung Arnsberg
 Dezernat 36
 Seibertzstr. 1
 59821 Arnsberg

1. Antragstellerin / Antragsteller		
Kommune:		
Anschrift:		
Gemeindekennziffer:		
Internet-, E-Mail-Adresse:	Homepage	E-Mail-Adresse
Auskunft erteilt:	Name Telefon (Durchwahl) Telefax E-Mail	
Bankverbindung:	IBAN: BIC:	
	Bezeichnung des Kreditinstitutes	

2. Maßnahme	
Bezeichnung / angesprochener Zuwendungsbereich:	Auswahl: ☐ 2.1 Förderung von Maßnahmen der Kommunen mit einem hohen Anteil von Personen im SGB-II-Leistungsbezug aus den EU-11-Staaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern

	☐ 2.2 Förderung von Maßnahmen der Kommunen mit einem hohen Anteil an Personen aus der Zielgruppe, die in prekären Arbeits- und/oder Wohnverhältnissen leben ☐ 2.3 Förderung von Kommunen zur Beschäftigung von Personen aus der Zielgruppe, die den Praxisanteil im dualen Bachelor-Studiengang „Soziale Arbeit“ mit dem Schwerpunkt „Migration und Integration“ an der Fachhochschule Dortmund absolvieren
Durchführungszeitraum:	Von / bis:

3. Gesamtkosten	
Laut beiliegendem Finanzierungsplan:	
Beantragte Zuwendung in €:	

4. Finanzierungsplan	
	Für Fälligkeiten in 2024 (Kassenwirksamkeit)
	in €
1	2
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3) (sowie laut Anlage 1):	
4.2 Davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben:	
4.3 abzgl. Leistungen Dritter ohne öffentliche Förderung (z.B. Einnahmen, Eintrittsgelder, zweckgebundene Spenden):	
4.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	
4.5 Beantragte Landesförderung:	
4.6 Bewilligte / beantragte weitere öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch:	
4.7 Eigenanteil:	

5. Begründung**5.1**

Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, zeitlicher Ablauf, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden und folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

5.2

Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

6. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit und der Folgekosten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.:

7. Erklärungen

Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,
- 7.2 sie / er zum Vorsteuerabzug
☐ nicht berechtigt ist
☐ berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 7.3 die in diesem Antrag (einschließlich Antragsanlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- 7.4 sie / er die allgemeinen Datenschutzhinweise der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis genommen hat. Diese Informationen können unter der folgenden Internetadresse abgerufen werden: <https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/d/datenschutz/index.php>,
- 7.5 ein Kommunales Integrationszentrum (KI) in der Kommune eingerichtet ist,
- 7.6 im Falle der Beantragung auf Gewährung einer Zuwendung nach Nr. 2.3 der Richtlinie keine Förderung nach Nr. 2.1. und 2.2 beantragt wurde.

.....

.....

.....

Hinweis auf § 264 StGB:

Ich erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass:

- sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigefügten Anlagen / Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.
- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
 1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind,
 2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende,
 3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
 4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

8. Anlagen

- ☐ Übersicht über notwendige Personal- und Sachausgaben (Anl. 1 zum Antrag)
- ☐ Übersicht über die Beschäftigung von notwendigem Personal (Anl. 2 zum Antrag) und Stellenbeschreibung gemäß Nr. 5.4.1 der o.g. Richtlinie
- ☐ Handlungskonzept
- ☐ Förderung nach Nr. 2.3 der Richtlinie:
- ☐ Herkunftsnachweis aus einem der genannten EU - 11 - Staaten des beschäftigten Studierenden
- ☐ Abstimmungsergebnis mit der Fachhochschule Dortmund zum dualen Bachelor-Studiengang „Soziale Arbeit“
- ☐ Erklärung, dass der Praxisanteil des dualen Studiums auf dem Gebiet der antragstellenden Kommune der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers absolviert wird
- ☐

Ort/Datum

(Rechtsverbindliche Unterschrift der gesetzl. Vertreterin oder des gesetzl. Vertreters)

Anlage 1 zum Antrag**Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit der beantragten Zuwendung (Ziffer 4.5)**

in EUR

	<u>2024</u>	<u>Gesamtsumme</u>
<u>Personalausgaben:</u> (laut Anlage zum Antrag)		
<u>Sachausgaben:</u>		
Mieten:		
Bürobedarf:		
Ausgaben für Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit:		
Honorare:		
Ausgaben für Qualifizierungen und Weiterbildungen:		
Sonstige:		
<u>Summe:</u>		

Lfd. Nr.	Name geb.	Art der Ausbildung, Berufsbezeichnung, ggf. Entgeltgruppe und tarifliche Einstufung, auszuübende Tätigkeit	beschäftigt in der Maßnahme im Bewilligungsjahr von bis	als Vollzeitleistung (mindestens 38,5 Stunden pro Woche)	als Teilzeitleistung mit Stunden pro Woche	Erwartete/ gewährte Zuwendung des Landes zu den Personalausgaben
Beantragte Landeszuwendung insgesamt:						